

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Roman Haider
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend düsteres Bild der Staatsfinanzen

Die Presse vom 04.12.2015:

" Wenn der Fiskalrat in die Zukunft der Staatsfinanzen blickt, ist das Positive meist dünn gesät. [...] Denn [...] vier [...] Vorgaben aus Brüssel werden verfehlt, warnen die Wächter über die Staatsfinanzen. Vor allem das strukturelle Nulldefizit, das mit 0,45 Prozent unter Null ohnehin großzügig definiert ist. Seit 2011 ging das strukturelle Minus, das vom Auf und Ab der Konjunktur und den „einmaligen“ Katastrophen im Finanzsektor bereinigt ist, kontinuierlich zurück, heuer liegt es tatsächlich nahe Null.

Dass es 2016, im ersten Jahr der Steuerreform, wieder schlechter wird, davon geht auch die Regierung aus. Aber das Finanzministerium zeigt sich optimistisch, die magische Grenze zwar zu kratzen, aber nicht zu überschreiten. Dieser Glaube fehlt schon in Brüssel. Doch dort geht es vor allem um die Feinheit, ob die Kosten für die Flüchtlingswelle sofort oder erst später als „außergewöhnlich“ gelten dürfen. Der Fiskalrat aber zeigt: Es geht um mehr. Mit minus 1,4 Prozent droht eine „erhebliche“ Abweichung. Die unerwartet vielen Flüchtlinge erklären nur rund ein Viertel des Defizits und ein Drittel der abweichenden Einschätzung. Zum größeren Teil geht es um die Wirkung der Steuerreform. Die bittere Ironie dabei: Bei der letzten Analyse richtete Bernhard Felderer als Präsident des Fiskalrats der Regierung aus, dass er nicht mit dem Erfolg der Betrugsbekämpfung als Teil der Gegenfinanzierung rechne. Diesmal übernimmt er, „obwohl die Zweifel geblieben sind“, die gesamten knapp zwei Mrd. Euro, die das Finanzministerium dafür ansetzt – und kommt dennoch zu dem schlechten Ergebnis.

Die Gründe: Bei den Ausgabenkürzungen vertrauen die Wächter nur auf zwei Drittel von dem, worauf Finanzminister Schelling hofft. Vor allem die monetären Sozialleistungen, der bei Weitem größte Posten, steigen weiter kräftig an – viel zu kräftig, angesichts des schwachen Wachstums von rund 1,5 Prozent 2016. Bei den Steuereinnahmen gibt es heuer „Vorzieheffekte“: Wer von der Steuerreform negativ betroffen ist, durch höhere Steuern auf Kapitalerträge oder Grunderwerb, zieht Geschäfte vor, die im kommenden Jahr fehlen. Dazu kommt eine 400 Mio. schwere Sonderdividende aus Staatsbeteiligungen, die eingeplant ist, obwohl es dazu in der Koalition keine Einigung gibt.

Der Fiskalrat hat auch die Kosten der Flüchtlingswelle abgeschätzt(siehe Tabelle). Für heuer sind die Zahlen recht „hart“. Für 2016 hängt alles von der Zahl der Asylwerber ab. Die Schätzungen haben eine Bandbreite von 40.000 bis 130.000. Der Fiskalrat schreibt, mit 85.000 Anträgen, das heurige Niveau fort. Weil sich die Ankünfte über das Jahr verteilen und nur knapp die Hälfte einen positiven Bescheid erhält, sind für die Kosten die niedrigeren Ganzjahres-Äquivalente entscheidend. Während des Verfahrens bekommen Flüchtlinge eine Grundversorgung. Wer nach positivem Bescheid nicht gleich einen Job findet (was die Regel ist), hat Anspruch auf Mindestsicherung. Auffallend: Die Pro-Kopf-Kosten für unbegleitete Kinder sind wesentlich höher als für Erwachsene.

Dazu kommen Mehrkosten für Polizei, Heer und die Rechnungen von ÖBB und NGOs. Weil Letztere noch ausstehen, dürfte dieser Posten höher ausfallen. Auch die Ausgaben für Integrationsmaßnahmen wie Schulungen laufen erst an.

In Summe ergibt das 0,7 Mrd. Euro für heuer und 1,7 Mrd. für 2016. Das entspricht 0,2 Prozent und 0,5 Prozent des BIP. Was davon abzuziehen ist: Die Ausgaben wirken wie ein kleines keynesianisches Konjunkturpaket, erklärt Felderer. Finanziert werden sie zu sehr niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt, eine Steuererhöhung ist nicht nötig, zu zahlen haben es „spätere Generationen“. Kurzfristig gibt es also einen „expansiven Effekt“, den der Fiskalrat mit 0,1 Prozent für heuer und 0,2 Prozent für kommendes Jahr ansetzt.

Felderer macht sich aber keine Illusionen: „Die Kosten werden in der Integrationsphase noch deutlich steigen.“ [...]

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten, an den Bundesminister für Finanzen nachfolgende

Anfrage

1. Gemäß einer Berechnung von Bernhard Felderer, Präsident des Fiskalrates, könne nicht mit einem Erfolg der Betrugsbekämpfung als Teil der Gegenfinanzierung gerechnet werden; in einer weiteren Berechnung übernimmt er, „obwohl die Zweifel geblieben sind“, die gesamten knapp zwei Mrd. Euro, die das Finanzministerium dafür ansetzt – und kommt dennoch zu dem schlechten Ergebnis. Wie stehen Sie als Finanzminister zu diesen Berechnungen?
2. Wie stehen Sie zu der Annahme, dass im kommenden Jahr Steuereinnahmen aus Kapitalerträgen fehlen werden, die von Ihrem Ministerium jedoch in derzeitige Berechnungen miteinfließen, da viele von der Steuerreform negativ Betroffene, ihre Geschäfte noch in diesem Jahr abwickeln, und es somit zu einem Vorzieheffekt kommen werde?
3. Wie stehen Sie zu der seitens Ihres Ministeriums eingeplanten 400 Mio. Sonderdividende aus Staatsbeteiligungen, bezüglich derer es in der Koalition jedoch nach wie vor keine Einigung gibt?
4. Von sämtlichen Seiten wird damit gerechnet, dass sich das strukturelle Minus im ersten Jahr der Steuerreform wieder verschlechtern werde, seitens Ihres Ministeriums wird jedoch darauf vertraut, dass es zu keiner Überschreitung des von Brüssel vorgegebenen Nulldefizits kommen werde. Selbst von Brüssler Seite wird dies aber bereits bezweifelt. Was veranlasst Sie seitens Ihres Ministeriums zu dieser positiven Annahme?
5. Wie stehen Sie seitens Ihres Ministeriums dazu, dass die Pro-Kopf-Kosten für unbegleitete Kinder wesentlich höher sind als jene für Erwachsene?
6. Was sind hierbei die Überlegungen?
7. Wie hoch sind die monatlichen staatlichen Ausgaben für unbegleitete Minderjährige? (Ersucht wird um eine Aufschlüsselung nach Leistungen)
8. Wie stehen Sie zu der Aussage von Präsident Felderer, dass sämtliche prognostizierte Ausgaben wie ein kleines keynesianisches Konjunkturpaket wirken würden, das von späteren Generationen zu tragen sei?

